

Volksabstimmung in Alaska: 93% stimmen für Anschluss an Russland



Im US-Bundesstaat Alaska ist gestern über die zukünftige staatliche Zugehörigkeit entschieden worden. Dabei stimmten 93% der Wahlberechtigten für eine Angliederung an Russland. Russlands Präsident Putin zeigte sich zufrieden und äußerte sich in ersten Interviews: "Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört. Alaska gehört historisch gesehen eindeutig zu Russland." Das Ergebnis wird vom Westen nicht anerkannt. Insbesondere die USA sind empört und drohen mit ersten Sanktionen. Sie fordern ein Einreiseverbot für 23 russische Prominente, darunter Ex-Schachweltmeister Karpow, Sänger Dima Bilan und alle russischen Goldmedaillengewinner von Sotschi.



Der Volksentscheid ist das Ergebnis einer Kette von Ereignissen. Die Aberkennung des Russischen als zweite Amtssprache in Alaska und der wirtschaftliche Niedergang der USA sind dabei die letzten entscheidenden Faktoren gewesen. Sie führten zu Unruhen in der alaskanischen Stadt Anchorage mit mehreren Toten. Seit dem 3. März befinden sich russische Panzer in Alaska, die die Stabilität der Krisenregion in Grundzügen herrichteten. Laut Putin stellt ihre Anwesenheit keinen Völkerrechtsbruch dar. Er beruft sich dabei auf den 1962 eingerichteten Pachtvertrag der russischen Beringmeerflotte für die Stationierung in der alaskanischen Hafenstadt Nome.

Der Westen, insbesondere die USA, streiten nicht nur die Existenz des Pachtvertrages ab, sondern sehen auch die gesamte Abstimmung als völkerrechtswidrig an. US-Vizepräsident Biden fragte sich am Vormittag: "Warum wählt Putin den umständlichen Weg einer Volksabstimmung? Er hätte uns doch bloß ein paar Millionen Rubel für dieses Ödland bieten sollen und wir wären im Geschäft gewesen. Das Gold ist inzwischen sowieso schon abgeschürft." Putin sieht sich, anders als der Westen ihn sieht, selber nicht als Hauptakteur an, denn dies sei die Bevölkerung Alaskas, die sich in Zeiten heftigster Unruhen nichts mehr als politische Stabilität wünscht, die sie nun in einen Anschluss an die russische Föderation finden kann.

Obwohl der Wahlausgang mit 93 % allzu eindeutig erscheint, deutet bisher nichts auf eine Wahlfälschung hin. Umfragen in Alaska erzielten ähnliche Ergebnisse. Auch die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Sarah Palin, die ihren Wohnsitz in Alaska hat, bekennt sich zu ihrer Stimme für einen Anschluss an die russische Föderation. Sie freue sich auf eine Erweiterung ihrer außenpolitischen Kenntnisse, denn von nun an könne sie von ihrem Zu Hause aus Russland nicht bloß sehen, sondern auch behaupten, einmal dort gewesen zu sein.

Putin hat noch am Abend Alaska als freien Staat anerkannt und ist dabei, einen Staatsvertrag für dessen Beitritt auszuarbeiten. Um eine weitere Eskalation zu vermeiden, will er auf eine Annektion weiterer US-amerikanischer und kanadischer Gebiete wie British Columbia, Washington State, Oregon und Kalifornien verzichten. Dem Westen ist dies nicht ausreichend. Er droht mit weiteren Sanktionen wie z.B. dem Entzug der Franchise-Lizenzen für russische McDonalds-Filialen. Als Gegenzug möchte Russland den Export von Kaviar in die EU und nach Amerika stoppen. Der weitere Verlauf der Krise ist ungewiss.

Fakeupnews

Nachtrag: Am 24.1.2014 berichtete Fakeupnews, dass das gesamte russische Staatsgebiet durch eine Verfassungsänderung in Wittenberg zum Teil des Königreiches Deutschlands geworden sei. Nicht berichtet wurde von Fakeupnews aber, dass Putin am 26.1 die Anerkennung dieser Verfassungsänderung zurückgerufen hat, weil sie völkerrechtswidrig gewesen sei. Die Völkergemeinschaft sieht also seit dem 26.1 die russische Regierung als weiterhin zuständig für das russische Staatsgebiet an. Nicht eingesehen hat diesen Rückruf jedoch König Peter Fitzek. Er sieht sich weiterhin als Regent über das russische Staatsgebiet und somit seit neuestem auch als Herrscher über die Krim und über Alaska.